

Vollbeschäftigung in der Beschäftigungskrise? Probleme der Erwerbsarbeit in der späten DDR

Peter Hübner

Das Problem

In den beiden letzten Jahrzehnten ihrer Existenz hatte die DDR im wachsenden Maße mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Gleichwohl blieb das Recht auf Arbeit bis 1990 in der Verfassung verankert.¹ Während der ökonomische Niedergang mit seinen Ursachen und Wirkungen in der wirtschaftshistorischen Literatur zumindest in wesentlichen Konturen beschrieben worden ist, fand der Aspekt der Erwerbsarbeit vergleichsweise wenig Beachtung.² Dies mag damit zusammenhängen, daß Vollbeschäftigung sowohl innerhalb der DDR als auch in deren Außenwahrnehmung als ein selbstverständliches systemimmanentes Phänomen galt. Doch weil das Recht auf Arbeit zu den wichtigsten Legitimationsfaktoren des SED-Regimes zählte und die soziale Realität in der DDR maßgebend bestimmte, stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen und um welchen Preis es auch unter den Krisenbedingungen der siebziger und achtziger Jahre aufrechterhalten werden konnte. Dieses Problem verdient nicht zuletzt deshalb Beachtung, weil zur selben Zeit weite Teile Europas unter einer Beschäftigungskrise litten.

Ein Blick auf diesen Kontext offenbart die Dimension des Problems: Die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts erscheinen im historischen Rückblick auf das Europa der Nachkriegszeit in eigenartigem Zwielficht: Das kollektive Gedächtnis hielt sie als eine vergleichsweise gute Zeit präsent; eine analytische Sicht zeigt sie jedoch als Ausgangspunkt schwerer Gesellschaftskrisen. So erblickt der französische Soziologe Robert Castel in diesem Jahrzehnt den „Bruch einer Verlaufskurve“ moderner Arbeitsgesellschaften und ihrer sozialen Sicherungssysteme.³ Hier liegen die Anfänge jener Beschäftigungskrise, die den Menschen in vielen Ländern des „alten“ Kontinents seither schwer zu schaffen macht.⁴ Für die Bundesrepublik Deutschland läßt sich dieser Bruch auf das Jahr 1974 datieren. Während die Arbeitslosenquote

1 Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Art. 24, in: Gesetzblatt (Gbl.) der DDR, 1974, Teil I, Nr. 47, S.432-456. Ausführlicher hierzu: Wera Thiel: Arbeitsrecht in der DDR. Ein Überblick über die Rechtsentwicklung und der Versuch einer Wertung. Opladen 1997; siehe auch Stefan Middendorf: Recht auf Arbeit in der DDR: von den theoretischen Grundlagen bis zu den Berufsverboten für Ausreisewillige, Berlin 2000.

2 So jüngst Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S.392-407; André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, bes. S.165-261.

3 Siehe Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S.338f.

4 Siehe Manuel Castells: Das Informationszeitalter. Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004, S.282-297.

nach der ersten bundesdeutschen Rezession von 1966/67 wieder annähernd auf ihr Ausgangsniveau zurückkehrte, blieb sie nach der zweiten Rezession 1974 nicht nur deutlich darüber, sondern stieg in der Folge von einem Konjunkturzyklus zum nächsten weiter an. Seit 1974 gelang es nicht mehr, die Sockelarbeitslosigkeit dauerhaft zu reduzieren. Während die Arbeitsmarktpolitik auf die kurzfristige Überbrückung von Arbeitsplatzlücken ausgelegt war, trat jetzt eine Situation ein, in der „die Nachfrage nach Arbeit dauerhaft und in wachsendem Ausmaß hinter dem Arbeitsangebot zurückbleibt“.⁵ War diese Entwicklung für die Zeitgenossen zunächst kaum absehbar, so wurde, wie der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser es formulierte, Massenarbeitslosigkeit aber schon seit den späten siebziger Jahren „zum Krebschaden der deutschen Wirtschaft [...] Sie läßt sich als Ergebnis einer wachsenden Inkompatibilität zwischen der anhaltenden Orientierung staatlicher und privater Wirtschaftspolitik am Leitbild der Industriegesellschaft und einer neuen immateriellen Qualität des Produktionsprozesses interpretieren. Weder die wirtschaftlichen Eliten noch die öffentliche Meinung waren sich der Realität bewußt, daß nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung schon mehr als 75 Prozent der Beschäftigung und ein ebenso hoher Prozentsatz der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung auf der Grundlage immaterieller, nachindustrieller Produktion stehen.“⁶

Man hatte es mit einer Strukturanpassungskrise zu tun, die als solche erst mit Verzögerung wahrgenommen wurde. Auch sperrte sich die Erfahrung des „Golden Age“ (von den Franzosen als „les trentes glorieuses“ bezeichnet)⁷ bzw. des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders“ gegen eine solche negative Perzeption. Als im Jahr 1972 der erste Bericht an den Club of Rome unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“⁸ erschien, löste er kontroverse Reaktionen aus. Vielen Experten und auch in weiten Kreisen einer interessierten Öffentlichkeit galt diese Analyse allenfalls im Hinblick auf ökologische Probleme als diskutabel; hingegen schien sie angesichts eines in den meisten Industrieländern noch immer relativ hohen Wirtschaftswachstums von falschen Annahmen auszugehen.⁹ Die dann im Verlaufe der siebziger Jahre auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden eher mit den politisch induzierten Ölpreisschocks von 1973 und 1979 in Verbindung gebracht. Erst in den achtziger Jahren begann die Dimension des Problems klarer hervorzutreten. Mit der beschleunigten Tertiärisierung der Wirtschaft verband sich auch ein normativer Konflikt zwischen Marktwirtschaft und Sozialstaat. Dies war um so mehr der Fall, als sich der „Expansi-

5 Norbert Reuter: Arbeitslosigkeit bei ausbleibendem Wachstum – das Ende der Arbeitsmarktpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APZ), B 35/97, 22.8.1997, S.3-13, hier S.5.

6 Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S.423.

7 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, 42000, S.324-262; Stepan Alan Marglin/Juliet Schor (Hrsg.): The Golden Age of Capitalism, Oxford 1990.

8 Donella H. Meadows u.a.: The limits to growth. A report for the Club of Rome's project on The Predicament of Mankind, New York 1972 (dt.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972).

9 Siehe Orio Giarini/Patrick M. Liedtke: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hamburg 1998, S.22f.

onstrend des Sozialsektors“ nun nicht mehr aus einem forcierten Wirtschaftswachstum speiste, wie das von 1949 bis 1973 der Fall war. Vielmehr erhöhten seither steigende Arbeitslosenquoten den Druck auf die sozialen Sicherungssysteme.¹⁰ Von dieser zunächst als konjunkturelle Delle unterschätzten und in ihren Ursachen auch fehlgedeuteten Entwicklung hob sich die Arbeits- und Beschäftigungssituation in der DDR während der siebziger und achtziger Jahre deutlich ab. Arbeitslosigkeit war hier kein Thema. Vollbeschäftigung galt als faktisch erreicht.¹¹ Das legt die Frage nahe, ob die DDR von dem erwähnten „Bruch einer Verlaufskurve“ in der jüngsten Geschichte der Erwerbsarbeit nicht erfaßt wurde. Diese Frage stellt sich um so eher, als Vollbeschäftigung in anderen sozialistischen Ländern durchaus nicht mehr als gegeben und gesichert gelten konnte. In den siebziger Jahren endete auch in Osteuropa eine rund zwanzig Jahre währende Phase extrem hohen Wirtschaftswachstums und der Beschäftigungszunahme. Versuche, die Industrialisierung durch billige westliche Kredite zu finanzieren, mündeten Mitte der siebziger Jahre angesichts der weltwirtschaftlichen Rezession in eine Überproduktions- und Schuldenkrise. Besonders waren Ungarn, Rumänien, Polen und vor allem Jugoslawien davon betroffen. Mit dem Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF), den Rumänien 1972, Ungarn 1982 und Polen 1986 vollzogen, reduzierte sich in diesen Ländern auch in beschäftigungspolitischer Hinsicht die Steuerungsfähigkeit durch die bislang zentralisierte Wirtschaftsplanung. Hingegen wurden weder die DDR, die Tschechoslowakei, Bulgarien noch die Sowjetunion von dieser Entwicklung im gleichen Maße tangiert. Hier versuchte man mit einer mehr oder minder konsequenten Austerität-Politik gegenzusteuern. Aber trotz zunehmend divergierender wirtschafts- und sozialpolitischer Optionen begegneten alle Regierungen des sowjetischen Blocks Ansätzen von Arbeitslosigkeit mit einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik. Massive Arbeitsplatzverluste traten erst nach 1989 ein.¹²

Ein Sonderfall

Vor dem Hintergrund der westeuropäischen Arbeitsmärkte und angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten in einigen ostmitteleuropäischen Ländern stellte die durch permanenten Arbeitskräftemangel gekennzeichnete Beschäftigungssituation der DDR einen Sonderfall dar. Dieser hatte seine Ursachen teils in den durch den Zweiten Weltkrieg bedingten demographischen Deformationen, teils in der bis 1961 anhaltenden Abwanderung von Angehörigen wirtschaftlich aktiver Jahrgänge, teils aber auch in strukturellen wirtschaftlichen Faktoren. Zudem ging die Geburtenrate seit den siebziger Jahren zurück, so daß der künftigen Arbeitskräftebilanz weitere Belastungen be-

10 Siehe Franz-Xaver Kaufmann: Normative Konflikte in Deutschland: Basiskonsens, Wertewandel und soziale Bewegungen, in: Peter L. Berger (Hrsg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann-Stiftung an den Club of Rome, Gütersloh 1997, S.155-197, hier S.169, 173.

11 Siehe Middendorf, Recht auf Arbeit.

12 Siehe Tuija Nykänen: Arbeitslosigkeit und Strukturwandel in Osteuropa. Eine Analyse der sektoralen Beschäftigungsaussichten, Wiesbaden 2001.

vorstanden.¹³ Maßnahmen zur Einsparung von Arbeitskräften, etwa durch berufliche Qualifizierung und Rationalisierung, entfalteten nur begrenzte Wirkung. Unter solchen Voraussetzungen bestand die beschäftigungspolitische Herausforderung nicht primär in der Sicherung der Vollbeschäftigung, sondern weit eher in der Mobilisierung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials. Der Bedarf an Arbeitskräften war systembedingt überhöht. So bildeten viele Industriebetriebe eine Beschäftigtenreserve, um die Erfüllung der Produktionspläne zu gewährleisten. Aber auch die politischen, administrativen und Sicherheitsapparate banden einen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil der Erwerbsbevölkerung.

Unter solchen Voraussetzungen fiel es nicht schwer, Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Innenpolitisch bot der Arbeitskräftemangel sogar einige Vorteile, wirkte doch allein schon die Möglichkeit konfliktmindernd, relativ risikofrei den Arbeitsplatz wechseln zu können, ohne der Gefahr von Arbeitslosigkeit ausgesetzt zu sein. Aber besonders profitierte die Außendarstellung der DDR davon. Sie präsentierte Vollbeschäftigung als Zeugnis wirtschaftlicher und sozialer Leistungsfähigkeit. Zu der Zeit, in der sich in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern die erwähnte Beschäftigungskrise abzuzeichnen begann, bemühte sich die SED-Führung mit dem Hinweis auf eigene beschäftigungspolitische Erfolge Punkte zu sammeln. Dazu zählte etwa der Versuch, das Recht auf Arbeit in die Debatte um den „Korb 3“ der Helsinki-Konferenz von 1975 über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einzubringen.¹⁴ Mit Artikel 24 der 1974 novellierten Verfassung verfügte die DDR über ein starkes Argument, zumal auch das Arbeitsrecht nach dem Gesetzbuch der Arbeit (GBA) von 1960 und dem Arbeitsgesetzbuch (AGB) von 1977 als Gewährleistungsgarantie für das Recht auf Arbeit ausgelegt war.¹⁵ Allerdings blieb die Wirksamkeit solcher Bemühungen begrenzt. Zwar nahm seit der kurzen Rezession von 1966/67 in der Bundesrepublik die Sensibilität für das Beschäftigungsrisiko zu,¹⁶ doch schien dort das soziale Netz weiterhin hinreichende Sicherheiten zu bieten. Auch in den Auseinandersetzungen um die Menschenrechte blieb die DDR in der Defensive, weil sich das Recht auf Arbeit nicht einfach gegen Freiheitsrechte aufrechnen ließ.¹⁷ In diesem Punkt trafen kontroverse und nicht verhandelbare Wertorientierungen aufeinander.

Während das Recht auf Arbeit unter den Bedingungen des Kalten Krieges unvermeidlich eine politische Instrumentalisierung auch nach außen hin erfuhr, vollzog sich innerhalb der DDR-Gesellschaft ein Perzeptionswandel, der auf weitere Sicht viel problematischer wurde: Die bis in die späten fünfziger Jahre erreichte Vollbeschäfti-

13 Siehe Wulfram Speigner: Bevölkerungsentwicklung und Geburtenpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR, in: *Wirtschaftswissenschaft* 38 (1990), H. 12, S.1601-1619.

14 Siehe Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S.123f. 15 Siehe Manfred G. Schmidt: Grundlagen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Hrsg. von Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Berlin-Bonn und Bundesarchiv, Koblenz. Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik. Baden-Baden 2001, S.685-798, hier S.703.

16 Siehe Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte*, S.301.

17 Dieser Aspekt bleibt in der Literatur zur KSZE-Problematik zumeist unterbelichtet. Siehe Johannes L. Kuppe: Die KSZE und der Untergang der DDR, in: *Deutschland Archiv* 38 (2005), H. 3, S.487-493.

gung verlor bald die Qualität einer „sozialen Errungenschaft“. Viele registrierten sie als Selbstverständlichkeit. Dieser relativ schnell eintretende Gewöhnungseffekt hatte wohl auch mit einem Generationenwechsel zu tun. Während die ältere Generation die Massenerwerbslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 noch direkt als existentielle Bedrohung wahrgenommen hatte, bereitete den meisten der seit Mitte der fünfziger Jahre ins Berufsleben Eingetretenen, die Arbeitslosigkeit noch nicht einmal als Schicksal der Eltern in Erinnerung hatten, die Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes nie sonderliche Sorge. Hatten sowohl die nationalsozialistische Kriegswirtschaft als auch der Wieder- bzw. Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg einen hohen Arbeitskräftebedarf verursacht, so erschien es angesichts der in der DDR auch weiterhin praktizierten Beschäftigungspolitik kaum zweifelhaft, daß es dabei bleiben würde.

Manche registrierten die Wirkungen mit Sorge. So stellte Jürgen Kuczynski 1980 in einem Vortrag an der Akademie der Wissenschaften der DDR fest: „Ruhig und friedlich, sich evolutionär bereichernd verläuft unser Alltag in so vieler Beziehung. So ruhig und friedlich, daß viele Menschen, der ständigen Unruhe und Zufälligkeiten des Lebens im Kapitalismus entronnen, das nicht mehr zu schätzen wissen und es hinnehmen mit einer Selbstverständlichkeit wie die Luft, die sie atmen. Die tägliche Erfahrung der Reproduktion dieses Zustandes macht die Einsichtigen dankbar und die anderen gleichgültig dieser Errungenschaft gegenüber.“¹⁸

Genauer besehen, hatte dieser Befund weniger mit „Dankbarkeit“ oder „Gleichgültigkeit“ zu tun als vielmehr damit, daß es tatsächlich für die meisten der in der DDR Beschäftigten kein gravierendes Arbeitsplatzrisiko gab. Bei Arbeitsplatzwechsel, aus welchen Gründen er auch erfolgen mochte, bei Schwangerschaftsurlaub und Kinderbetreuungszeiten, Wehrdienst und ähnlichen Ausfallzeiten blieb der Arbeitsplatz garantiert, oder es wurde ein neuer angeboten.¹⁹ Unter solchen arbeitsrechtlich stark abgesicherten Voraussetzungen war es völlig normal, wenn das Recht auf Arbeit als kaum noch zu hinterfragende Gegebenheit akzeptiert wurde. Selbst die Einschränkungen hinsichtlich des Rechts auf einen bestimmten Arbeitsplatz oder die Normen der Arbeitskräftelenkung änderten daran wenig.²⁰ Genaugenommen lag der Selbstverständlichkeit, mit der das Recht auf Arbeit hingenommen wurde, auch die Tatsache zugrunde, daß man es nicht als individuelles Recht gegenüber dem Staat oder dem Betrieb durchsetzen mußte, sondern daß es faktisch dem Staat eine Garantie der Vollbeschäftigung auferlegte.²¹

18 Jürgen Kuczynski: *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Nachträgliche Gedanken*, Berlin 1985, S.23.

19 Siehe Thiel, *Arbeitsrecht*, S.64-75, 110, 115-119, 158-165.

20 Siehe Georg Brunner: *Das Rechtsverständnis der SED (1961-1989)*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IV: *Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat*, Baden-Baden 1995, S.291-336, hier S.324.

21 Siehe Uwe Vollmer: *Vollbeschäftigungspolitik. Arbeitseinsatzplanung und Entlohnung der abhängig Beschäftigten in der DDR-Wirtschaft*, in: Eberhard Kuhrt/Hansjörg Buck/Gunter Holzweißig: *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, Opladen 1999, S.323-373, hier S.325.

Diese Konstellation war brisant, denn die DDR-Wirtschaft stand damit vor der Aufgabe, das Recht auf Arbeit auch unter der Bedingung eines beschleunigten industriellen Strukturwandels zu sichern. Wie sich aber seit den siebziger Jahren im Bereich der Europäischen Gemeinschaften (EG) bereits andeutete, schien Vollbeschäftigung im Zeichen der dritten industriellen Revolution zur Quadratur des Kreises zu geraten.²² Eine andere Frage ist es, wie man das Problem in der DDR wahrnahm.

Hier wurde die während der siebziger und achtziger Jahre in den westeuropäischen Staaten tatsächlich steigende Arbeitslosigkeit als Beleg für die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems registriert, die sozialen und beschäftigungspolitischen Effekte der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ (WTR)²³ im Interesse der abhängig Beschäftigten zu bewältigen. Auf der anderen Seite galt das Modell der sozialistischen Arbeitsgesellschaft als zukunftsfest. Der angestrebte Anstieg der Produktivität hatte nichts Bedrohliches, auch wenn er sich durch den Einsatz von Robotern und elektronischer Datenverarbeitung erheblich beschleunigen sollte.²⁴ Betrachtet man die einschlägige zeitgenössische Literatur sowie politische Aussagen zu mittel- bis langfristigen Perspektiven der Erwerbsarbeit, so zeichnen sich folgende Annahmen ab:

1. Angesichts einer nahezu vollständigen Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs und im Hinblick auf den stagnierenden bis rückläufigen Trend der Bevölkerungsentwicklung würden Rationalisierungseffekte nicht zu einer Unterbeschäftigung führen.
2. Die Nutzung neuer Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, würde den Arbeitskräftemangel reduzieren, zu höherer Disponibilität der Beschäftigten beitragen, aber keine Arbeitslosigkeit verursachen.
3. Als langfristige Entwicklung wurde bei steigender Produktivität und verringertem Arbeitskräftebedarf mit einer Verkürzung der Arbeitszeit gerechnet, nicht jedoch mit einer Aufhebung des Rechts auf Arbeit.

Während sich also seit den siebziger Jahren in Westeuropa eine „Sockelarbeitslosigkeit“ zu verfestigen begann, rechnete man in der DDR mit der Möglichkeit einer gezielten Anpassung des „gesellschaftlichen Arbeitsvermögens“ an den durch die dritte industrielle Revolution ausgelösten Strukturwandel. Gravierende beschäftigungspolitische Risiken schienen damit jedoch nicht verbunden.²⁵ Überhaupt wurde das Thema in der Öffentlichkeit nicht allzu ernstgenommen, vielleicht auch, weil es

22 Siehe Suzanne Berger: Globalisierung und die Zukunft der Arbeit, in: Wilhelm Krull (Hrsg.): Zukunftsstreit, Weilerswist 2000, S.87-100; Alain Touraine: Eine unzeitgemäße Vorstellung: Das Ende der Arbeit, in: ebenda, S.101-114.

23 Zur Begriffsgeschichte siehe Sybille Krämer-Friedrich: Zur Entwicklung der Konzeption „wissenschaftlich-technische Revolution“ in der DDR-Theorie, in: Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß, Deutschland Archiv. Sonderheft, Köln 1976, S.53-74.

24 Siehe Hartmut Zimmermann: Wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR. Studien zur Entwicklungs- und Problemgeschichte des gesellschaftspolitischen Konzepts der SED seit Mitte der fünfziger Jahre, Berlin 1981; Gerhard Schellenberger: Technische Neuerungen – sozialer Fortschritt, Berlin 1980.

25 Siehe Florian Kreuzer: Die gesellschaftliche Konstitution des Berufs. Zur Divergenz von formaler und reflexiver Modernisierung in der DDR, Frankfurt/Main 2001; ders.: Zur Institutionenordnung der DDR: zur Widersprüchlichkeit des Berufs im Staatssozialismus, Wiesbaden 2001.

von den Massenmedien und nicht zuletzt in der DDR-Literatur schon frühzeitig straziert worden war.²⁶ Symptomatisch für eine verbreitete Sicht auf die mittel- oder auch langfristigen Konsequenzen bemerkte der Vorsitzende des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer, Wolfgang Weichelt, bei der Annahme des neuen Arbeitsgesetzbuches (AGB) der DDR²⁷ am 16. Juni 1977, es gehe „nicht mehr nur um die Sicherheit des Arbeitsplatzes“. Die sei seit langem eine Selbstverständlichkeit. Das AGB ziele vor allem auf „die weitere Entwicklung des schöpferischen Charakters der Arbeit, die Sicherung der nötigen Qualifizierung im und für den Arbeitsprozeß“ sowie auf die sozialen Bedingungen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und die „Mitgestaltung der Werkstätigen bei der Organisation des gesamten Arbeitsprozesses.“²⁸ Diese Rhetorik ähnelte derjenigen aus der Zeit des „Neuen ökonomischen Systems“, ließ aber dessen starke Orientierung auf Leistungsanreize vermissen. Auch reflektierte sie die neue Dimension des Beschäftigungsproblems nur unscharf. Hierin spiegelt sich eine dem Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ innewohnende Unentschiedenheit. Im Prinzip ging man jedoch auch jetzt von einer beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte aus und interpretierte sie grundsätzlich positiv. Immerhin schien eine Ahnung zu dämmern, daß sich eine „Spannung zwischen staatlicher Planwirtschaft und den Imperativen der dritten technologischen Revolution“ aufbauen könnte.²⁹ Daraus resultierten gewisse Unsicherheiten und eine Unentschlossenheit im Umgang mit diesem Problem, wie es u. a. am Beispiel der Mikroelektronik-Industrie deutlich wurde.³⁰ Generell aber dominierte die positive Erwartung, mit Hilfe technischer Innovationen Arbeitskräfte einsparen zu können. Angesichts der angespannten Arbeitskräftebilanz der DDR wurde dies als ein höchst willkommener Effekt beschrieben. Als sicher galt auch, daß sich in Verbindung mit der Einführung von Industrierobotern und elektronischer Rechentechnik neue Berufsbilder herauskristallisieren würden, die eine permanent weiterführende Qualifizierung und erhöhte berufliche Flexibilität der Beschäftigten erforderten. Diese beiden Zielprojektionen – Arbeitskräfteeinsparung und Qualifizierung für neue Technologien – bestimmten die beschäftigungspolitische Diskussion. Wie aber stand es in quantitativer und qualitativer Hinsicht während des hier betrachteten Zeitraums der siebziger und achtziger Jahre um die Arbeitskraftressourcen der DDR?

26 Siehe Carl Wege: Schkona, Schwedt und Schwarze Pumpe. Zur DDR-Literatur im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution (1955-1971), Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien an der Universität Bremen (FB 10): Materialien und Ergebnisse aus Forschungsprojekten des Instituts, H. 8: Technik in der DDR-Literatur 1955-1971, Bremen 1996.

27 Siehe Das Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16. Juni 1977, in: Gbl. der DDR 1977, Teil I, Nr. 18, S.185-227.

28 Das Arbeitsgesetzbuch der DDR. Materialien der 5. Tagung der Volkskammer der DDR am 16. Juni 1977. Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse. Hrsg. vom Sekretariat der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Heft 3, 7. Wahlperiode 1977, (Berlin 1977), S.33f.

29 Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv 36 (2003), H. 5, S.764-769, hier S.769.

30 Siehe Olaf Klenke: Das Mikroelektronik-Programm und die „Dritte industrielle Revolution“ in der DDR (1977-1989). Zwischen Rationalisierung und sozialem Konflikt, Diss. Freie Universität Berlin, 2005.

Beschäftigung und Arbeitskräftereservoir

Der Blick auf die amtliche Arbeitsstatistik zeigt die DDR als ein Land mit weit überdurchschnittlicher Beschäftigtenquote. Der im Jahr 1990 erstmals veröffentlichte „Report“ zur sozialen Lage in der DDR vermerkte im Kapitel „Arbeit“, am 30. September 1989 habe die Anzahl der Berufstätigen in der DDR 8.547.349 betragen, davon seien 4.177.679 (48,9 %) weiblich gewesen.³¹ Damit läge der Anteil der Berufstätigen „relativ hoch“. Man habe das Recht auf Arbeit „durch Vollbeschäftigung als wesentliches Merkmal sozialer Sicherheit vor allem durch einen hohen Beschäftigungsanteil der Frauen“ und durch die Weiterbeschäftigung von Rentnern gewahrt.³² Die Zahlen lagen etwas unter denen von 1988.³³ An diesem Rückgang, dem ersten seit 1968, hatte offenbar die Ausreise- und Fluchtwelle vom Sommer 1989 ihren Anteil. Gleichwohl konnte von einem dramatischen Schwund des Arbeitskräftepotentials auch zu diesem Zeitpunkt nicht die Rede sein. Vielmehr verfügte die DDR über mehr Arbeitskräfte, als es der „Report“ vermuten ließ.

Die amtliche Statistik erfaßte nämlich mit dem Begriff der Berufstätigen die Beschäftigten des sogenannten „X-Bereiches“ nicht. Zumindest offiziell war dieser weder Gegenstand der zentralen Arbeitskräfteplanung, noch fand er bei der Berechnung der Nettogeldeinnahmen Berücksichtigung. Eine statistische Erfassung des „X-Bereiches“ war der Zentralverwaltung für Statistik bis einschließlich 1988 ausdrücklich untersagt.³⁴ Auch wenn die Staatliche Plankommission über die realen Zahlen verfügt haben mag, blieb dieser Bereich nach außen hin faktisch versteckt. Im Jahr 1989 zählte er ca. 726.900 Beschäftigte aus folgenden Einrichtungen:³⁵

- Ministerium für Nationale Verteidigung, Nationale Volksarmee, Grenztruppen, Zivilbeschäftigte, Zivilverteidigung,
- Ministerium des Innern, Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug;
- Ministerium für Staatssicherheit,
- Zollverwaltung,
- Staatsrat und Ministerrat einschließlich unterstellter Betriebe und Einrichtungen,
- Bereich kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel,
- Spezialbau Potsdam,
- SDAG Wismut,
- Parteien und deren Betriebe, gesellschaftliche Organisationen,
- z.T. Kirchen (Pfarrer, Priester, Bischöfe, Arbeiter und Angestellte wurden im Rahmen der Berufstätigenerhebung erfaßt).

31 Siehe Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S.78.

32 Ebenda.

33 Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB) 1989, Berlin 1989, S.17.

34 Siehe Wolfgang Fritz: Historie der amtlichen Statistiken der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Ein fragmentarischer Abriß, Darstellung, Quellen, Daten, Definitionen, Chronik (= Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 13), Köln 2001, S.58.

35 Siehe ebenda.

Man mag dieses Verfahren einem hypertrophen Sicherheitsdenken zuschreiben. Aber es konterkarierte nicht nur die zentrale Arbeitskräfteplanung, sondern relativierte auch die Klagen über den Arbeitskräftemangel in der DDR. Die vom Statistischen Bundesamt zu Beginn der neunziger Jahre vorgenommene Rückrechnung weist, bezieht man die Lehrlinge ein, eine Differenz von rund einer halben bis zu einer dreiviertel Million aus. Sie geht auf den „X-Bereich“ zurück. (siehe Tabelle auf der folgenden Seite)

In diesen Daten deuten sich drei relevante Punkte an:

1. Die Erwerbsquote der DDR lag höher, als die amtlichen Angaben in den Statistischen Jahrbüchern erkennen ließen.
2. Damit fielen auch die angesichts der Bevölkerungszahl theoretisch verfügbaren Arbeitskraftreserven geringer aus.
3. Der „X-Bereich“ band besonders im Militär- und Sicherheitssektor jüngere, vor allem männliche und leistungsfähigere Jahrgänge.

Die letzte Berufstätigenerhebung der DDR vom September 1989, auf die sich auch der „Report“ stützt, ließ diese Lücke offen.³⁶ Allerdings spricht nichts dafür, daß das „Ausklinken“ des „X-Bereiches“ den Spielraum zur Mobilisierung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials ernsthaft beeinflusste. Die dort Beschäftigten bildeten ja keine verfügbare Reserve, gleichgültig ob sie von der amtlichen Berufstätigenzählung erfaßt wurden oder nicht. Allerdings wird man im „X-Bereich“ einige qualifizierte Beschäftigtengruppen vermuten dürfen, die in den strategisch relevanten Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Industrie fehlten, so etwa bei der Realisierung des Mikroelektronik-Programms von 1977. Darin lag aber in beschäftigungspolitischer Hinsicht nicht das Hauptproblem. Dieses bestand im überhöhten Arbeitskräftebedarf vor allem der Industrie.

³⁶ Siehe Helmut Rudolph: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990), H. 4, S.474-503.

Berufstätige/Erwerbstätige in der DDR 1971-1989 im Jahresdurchschnitt, in 1000.

Angaben der amtlichen Statistik und nach der Rückrechnung im Vergleich.

Jahr	Berufstätige* nach StJB DDR	Lehrlinge nach StJB DDR (ohne X-Bereich)	Erwerbstätige** nach Rück- rechnung
1970	7.750	417	8.736,1
1975	7.981,7	419,7	8.996,0
1980	8.213,8	469,4	9.471,3
1985	8.526,3	383,4	9.728,5
1988	8.589,1	363,3	9.823,1
1989	8.550,0	334,4	9.747,0

*Im Arbeitsprozeß stehende Personen, nicht jedoch: Angehörige des X-Bereiches, nur in der individuellen Hauswirtschaft tätige Familienangehörige von LPG-Mitgliedern, Mütter in der bezahlten Freistellung und Lehrlinge.

**Personen ab 15 Jahre, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, darunter auch Angehörige des X-Bereiches und Lehrlinge.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR (StJB) 1990, Berlin 1990, S.48, 58; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Erwerbstätige 1950 bis 1989. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, H. 14, Wiesbaden 1994, S.20.

Zunächst war die SED-Führung nach dem Sturz Walter Ulbrichts im Jahr 1971 von der Notwendigkeit ausgegangen, „mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften mehr (zu) produzieren“. Man werde künftig stärker auf die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion setzen und den in der NÖS-Periode forcierten industriellen Neubau, und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze, nicht mehr überbetonen. Denn: „Wir werden in absehbarer Zukunft über nicht mehr Arbeitskräfte verfügen als heute.“³⁷ Das stimmte nicht ganz, wie die oben angeführten Zahlen zeigen. Doch beschrieb diese Aussage tendenziell durchaus treffend eine nicht mehr ferne Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs. In diesem Sinne war auch fünfzehn Jahre später, auf dem XI. Parteitag der SED, von einer noch steigerungsfähigen „Effektivität der Arbeit“ und von „Einsparung an Arbeitszeit“ die Rede.³⁸ Darüber hinaus setzte man aber auch auf die „Verminderung des Aufwandes an lebendiger Arbeit“,³⁹ wobei freilich nach wie vor an die „Gewinnung von Arbeitskräften zur Lösung volkswirtschaftlicher Schwerpunktaufgaben durch Einsparung von Arbeitsplätzen“ an anderer Stelle gedacht war.⁴⁰ Hier wurde eine Akzentverschiebung in der Beschäftigungspolitik sichtbar, deren Ausgangspunkt bereits einige Jahre zurücklag und sehr genau auf den Juni 1978 zu datieren ist. Zu dieser Zeit hatte die Leitung des Petrolchemischen Kombinats (PCK) Schwedt unter der Devise „Weniger produzieren mehr“ mit einer Umschichtung des Arbeitskräftepotentials begonnen. Um neue Anlagen betreiben zu können, reduzierte

37 Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 3. Beratungstag, Berlin 1971, S.68.

38 Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 17. bis 21. April 1986, Berlin 1986, S.70.

39 Ebenda, S.742f.

40 Ebenda, S.751.

man in bestehenden Bereichen die Zahl der Arbeitsplätze mit der Begründung, es gebe zu viele davon, sie seien überflüssig.⁴¹ Diese Eigeninitiative der Kombinatiatsleitung geriet bald als „Schwedter Initiative“ in das Fahrwasser der üblichen Kampagnen.⁴² Offiziell hochgelobt, hatte sie jedoch einen Haken: Die Einsparungen erfolgten im wesentlichen beim Leitungs- und Verwaltungspersonal, während der Anteil der Produktionsarbeiter durch Umsetzungen aus der Leitung, Verwaltung und Produktionsvorbereitung von 46,8 % (1978) auf 55,3 % (1985) anstieg.⁴³ Einer Modernisierungsstrategie entsprach das nicht. Gleichwohl galten umfangreichere Personalreduzierungen und -umsetzungen seither als wichtige Instrumente der Arbeitskräftelenkung. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück. In der Industrie der DDR mit 3,2 Millionen Beschäftigten wurden von 1981 bis 1986 jährlich zwischen 55.000 und knapp 64.000 Personen für neue Aufgaben gewonnen.⁴⁴ Diese Personalumschichtungen erfaßten mit ca. zwei Prozent nur einen geringen Teil der Betriebsbelegschaften. Zudem dienten sie kaum dem notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel, sondern zielten vor allem auf die Ausweitung der Schichtarbeit, der Eigenproduktion von Rationalisierungsmitteln und der Erzeugung zusätzlicher Konsumgüter.⁴⁵

Zeitgenössische Fachartikel warnten vor der Erwartung, man könne auch künftig sein Berufsleben auf ein- und demselben Arbeitsplatz verbringen. Schon 1985 hatten Experten die Meinung geäußert, es werde künftig nicht außergewöhnlich sein, „daß ein Werk­tätiger im Laufe seiner Berufstätigkeit mehrmals aktiv an der Einsparung oder Umgestaltung seines bisherigen Arbeitsplatzes mitwirken muß“.⁴⁶ Doch die Realität blieb weit hinter diesem Szenarium zurück. Auch von der „Schwedter Initiative“ drohte kein gravierender Einschnitt in das Beschäftigungssystem der DDR. Dies ist schon vor 1989 kritisch registriert worden. Eine besondere Rolle spielte dabei der Hinweis auf eine latente Arbeitslosigkeit. Er erfolgte aber in der Regel aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive, die von funktionierenden Arbeitsmärkten ausging. Diese Sicht entsprach auch der bisher in westlichen Industrieländern gewonnenen Erfah-

41 Siehe Heike Knortz: Innovationsmanagement in der DDR 1973/79-1989. Der sozialistische Manager zwischen ökonomischen Herausforderungen und Systemblockaden, Berlin 2004, S.99f.

42 Siehe Ein Werk des Sozialismus, der Freundschaft und der Jugend. Geschichte des VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt, Stammbetrieb von 1959 bis 1981. Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED, Berlin 1981, S.240.

43 Siehe Dieter Politz: Erfahrungen und Ergebnisse der umfassenden Rationalisierung zur Gewinnung von Werk­tätigen für neue Aufgaben im VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt, in: Wirtschaftswissenschaft 32 (1984), H. 4, S.523-536, hier S.530.

44 Siehe Holle Grünert: Starrheit und Mobilität im Beschäftigungssystem der DDR, in: Der Hallesche Graureiher 97-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1997, S.21.

45 Siehe ebenda.

46 Astrid Naumann/Rudolph Welskopf: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und sozialistische Lebensweise, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1983, Berlin 1983, S.51-67, hier S.57; siehe auch Lothar Hummel/Gerd Pietrzynski: Effektivität und Disponibilität des Arbeitsvermögens – Leitungserfahrungen aus Kombinat und Konsequenzen für die Forschung, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1985, Berlin 1985, S.35-51.

rung, daß zwar stets Arbeitsplätze verloren gingen, aber immer mehr neue entstanden. So erscheint es wenig verwunderlich, wenn in einem relativ frühen, aus dem Jahr 1964 stammenden Szenarium zur Transformation der DDR-Wirtschaft in eine Marktwirtschaft die Beschäftigungsfrage gar keine Erwähnung fand.⁴⁷ Auch später fällt auf, daß der in Westeuropa während der siebziger Jahre eingetretene Bruch im „Normalverlauf“ der Erwerbsarbeit in der Kritik am Beschäftigungssystem der DDR keine Rolle spielte. Er war hier einfach noch nicht zu beobachten.

Die Diskussion des Problems erfordert einen historisch kontextualisierten Arbeitsbegriff. So ist zu bedenken, daß das in der DDR geltende Recht auf Arbeit über eine Bestimmung der Erwerbsarbeit im engeren ökonomischen Sinne hinauswies.⁴⁸ Arbeit war als gesellschaftlicher Prozeß mit Sozialisations- und Erziehungsintentionen verbunden, eingelagert in ein Netz sozialer Grundsicherungen. Im Kern ging der hierauf bezogene Arbeitsbegriff auf die von Karl Marx vorgenommene Bestimmung als „nützliche Arbeit“ zurück: „Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit [...] eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln.“⁴⁹ Im neuen Parteiprogramm der SED von 1976 war die Arbeit als „wichtigste Sphäre des gesellschaftlichen Lebens“ beschrieben; und für die „klassenlose Gesellschaftsordnung“ des Kommunismus prognostizierte man, daß „Arbeit zum Wohle der Gesellschaft das erste Lebensbedürfnis“ werde.⁵⁰ „Nützliche Arbeit“ bildete nach diesem Verständnis ein konstitutives Element der sozialistischen Gesellschaft. Das setzte Vollbeschäftigung voraus.

Strukturelle Probleme

Während in den achtziger Jahren unter Demographen das ebenso simple wie ahistorische Argument aufkam, angesichts sinkender Geburtenraten werde die DDR auf die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte angewiesen sein, war gleichzeitig manches von dem geläufig, was Jeremy Rifkin später als Beleg für das „Ende der Arbeit“ anführen sollte.⁵¹ Im allgemeinen bestand Übereinstimmung darin, daß die Anwendung von Robotern und Computern in der Wirtschaft und im Staatsapparat nicht nur Rationalisierungseffekte auslösen, sondern irgendwann auch die Frage nach der Beschäftigung des eingesparten Personals aufwerfen würde. Die Antwort darauf schien einfach: Sobald dieser Punkt erreicht war, stand eine Verkürzung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung. In dieser Erwartung kam eine Denktradition zum Tragen, die von Paul

47 Siehe Peter Dietrich Propp: Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in eine Marktwirtschaft, Berlin 1964.

48 Siehe Ekkehard Sachse: Ein Beschäftigungssystem auf der Grundlage des Rechts auf Arbeit, in: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001, S.163-178.

49 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 (= Marx-Engels-Werke, Bd. 23), Berlin 1965, S.57.

50 Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 23. Mai 1976, Bd. 2: 4. und 5. Beratungstag, Berlin 1976, S.222, 263f.

51 Siehe Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/Main 1997.

Lafargue, der täglich maximal drei Stunden Arbeit für angemessen hielt und überhaupt ein „Recht auf Faulheit“ reklamierte,⁵² über John M. Keynes, der vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise für eine Arbeitszeitverkürzung plädierte,⁵³ u. a. auch in die DDR führte. Solche Überlegungen klangen hier durchaus an. Als beispielsweise die theoretische Zeitschrift der SED, „Einheit“, im Januar 1989 ein Themenheft zur ökonomischen Strategie veröffentlichte, ging es darin nicht etwa um die Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern um das Verhältnis von Arbeit und Freizeit.⁵⁴ Weiterreichende Konsequenzen, wie sie etwa mit den Begriffen der „postindustriellen“ oder auch der „Dienstleistungsgesellschaft“ umschrieben wurden, standen nicht zur Debatte. Vor dem Erfahrungshorizont der DDR-Geschichte erschien es unvorstellbar, mit „Überzähligen“⁵⁵ aus den primären und sekundären Sektoren der Wirtschaft rechnen zu müssen, die im tertiären Sektor keine Aufnahme mehr fänden.

Auf absehbare Zeit, so schien es, würde der Arbeitskräftebedarf, bedingt durch den von der dritten industriellen Revolution induzierten Strukturwandel, eher zu- als abnehmen. Allein schon der Aufbau der Mikroelektronikindustrie und moderner Kernkraftwerke erforderte erhebliche Personalressourcen. Und selbst wenn es auf weitere Sicht in einigen Wirtschaftsbereichen zu Personaleinsparungen größeren Umfangs kommen sollte, ließen die trotz des bevölkerungspolitischen Gegensteuerns weiterhin rückläufigen Geburtenraten schon mittelfristig eine Kompensation erwarten.⁵⁶ Insofern hatte der an sich unerwünschte demographische Effekt auch einiges Potential zur künftigen Problemlösung.

Größere Schwierigkeiten zeichneten sich auf einer anderen Ebene ab. Mit einem relativ hohen Anteil „alter“ Industrien war die DDR im Hinblick auf den anstehenden Strukturwandel nicht besonders günstig positioniert. Vor allem an Standorten der Energie- und Brennstoffindustrie, der Chemischen Industrie und der Metallurgie drohte in Zukunft eine deutliche Verringerung von Arbeitsplätzen.

52 Siehe Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit: Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1849, Grafenau, 4. Aufl. dieser Ausgabe 2002.

53 Siehe John Maynard Keynes: Economic Possibilities For Our Grandchildren, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, Kondin-Basingtoke 1972, S.321-332, hier S.329.

54 Siehe Karl-Heinz Thieme: Vom Wert der Arbeit, in: Einheit 44 (1989), H. 1, S.39-44.

55 Siehe Castel, Metamorphosen, S.348-364.

56 Siehe Erich Strohbach/Reinhard Liebscher: Bevölkerungspolitik in der DDR, in: Manz/Sachse/Winkler (Hrsg.), Sozialpolitik, S.123-137, hier S.130-135.

Für einige Kreise, in denen eine hohe Konzentration dieser Industrien bestand, zeichnete sich ein erhebliches Beschäftigungsproblem ab:

Energie- und Brennstoff-industrie	Chemische Industrie	Metallurgie
Borna	Bitterfeld	Eisleben
Calau	Guben	Eisenhüttenstadt
Cottbus-Land	Merseburg	Hettstedt
Görlitz-Land	Roßlau	Riesa
Gräfenhainichen	Rudolstadt	
Hohenmölsen	Schwedt	
Senftenberg	Wolmirstedt	
Sprenberg	Wittenberg	
Weißwasser		

Quelle: Helmut Rudolph: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990), H. 4, S.474-486, hier S.486.

Hinzu kam, vor allem östlich der Elbe, eine Anzahl landwirtschaftlich geprägter Kreise, die als strukturschwach zu bezeichnen sind. Während diese unter dem Gesichtspunkt des Strukturwandels als Standortreservoir gelten konnten, lag das Problem der genannten Industriekreise in ihrer Monostruktur. Besonders die auf Braunkohle basierende Energie- und Brennstoffindustrie steuerte allein schon wegen der Erschöpfung der Lagerstätten ihrem allmählichen Ende entgegen. Der Bau der Kernkraftwerke Greifswald und Stendal leitete diesen Wechsel deutlich sichtbar ein.⁵⁷ Damit standen ca. 230.000 (1989) Arbeitsplätze zur Disposition, für die zumindest zum Teil Ersatz hätte geschaffen werden müssen. In geringerem Maße, aber doch noch immer in beträchtlicher Größenordnung wären die Chemische Industrie (1989: ca. 340.000 Beschäftigte) und die Metallurgie (1989: ca. 135.000) über kurz oder lang von einer Veränderung der Branchenstruktur betroffen gewesen. Insgesamt war mit einem erheblichen Aufwand zu rechnen, um die in sozialer Hinsicht problematischen Folgen des Strukturwandels abzufedern. Wie die DDR damit im Falle ihres Fortbestehens fertig geworden wäre, bleibt spekulativ. Nicht viel anders lagen die Dinge bei der mit überdurchschnittlich hohen Anteilen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden und Erfurt konzentrierten Textilindustrie. Hier wäre es um rund 216.000 Arbeitsplätze (1988) gegangen.⁵⁸ Auf Dauer hätte diese Branche wohl auch in der DDR nur in hochspezialisierten Segmenten fortbestehen können.

Günstiger sah es bei der beruflichen Qualifikationsstruktur aus. Neben der Frage nach den personellen Ressourcen der DDR erlangte die nach ihrer Qualifikation für den Einsatz in Hochtechnologiebereichen mindestens die gleiche Bedeutung wie die nach dem Branchengefüge der Wirtschaft. Generell zeichnete sich die Qualifikationsentwicklung in den siebziger und achtziger Jahren durch eine beträchtlich steigende Zahl

57 Siehe Mike Reichert: Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad (1955-1990), St. Katharinen 1999.

58 Siehe StJB der DDR 1989, Berlin 1989, S.65, 139.

der Hoch- und Fachschulabsolventen sowie durch eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in dieser Beschäftigtengruppe aus.

Berufstätige in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft mit Hoch- und Fachschulabschluß nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen (Gebiet der DDR; ohne X-Bereich; Stand: 31. Oktober), in 1.000.

Jahr	Insgesamt	darunter in den Wirtschaftsbereichen:					
		Industrie	Bau- industrie	Land- und Forst- wirtschaft	Verkehr	Post- und Fernmelde- wesen	Handel
1970	716,3	202,5	30,1	45,0		26,4	22,3
1975	1.019,2	302,7	43,0	62,5		41,3	37,2
1980	1.412,2	376,0	55,2	74,6	37,5	11,5	50,2
1985	1.636,0	455,3	61,6	86,0	43,8	13,3	64,4
1989	1.731,0	481,2	64,2	93,2	49,2	13,9	72,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S.50.

Noch deutlicher stieg die Zahl der beschäftigten Frauen. In den genannten Bereichen erhöhte sie sich von ca. 235.000 (1970) auf 958.000 (1989), also von etwa einem Drittel auf mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit Hoch- und Fachschulabschluß.⁵⁹ Der anteilige Zuwachs des höherqualifizierten Personals an der Gesamtheit der Beschäftigten ist ebenso wie der Aufstieg von Frauen in qualifizierte Positionen als Komponente eines Modernisierungsprozesses zu deuten, der beschäftigungspolitisch beabsichtigt und wirtschaftlich notwendig war. Allmählich näherte man sich einer adäquaten Besetzung von Planstellen in den Betrieben. Noch in der ersten Hälfte der siebziger Jahre klaffte in allen Industriezweigen eine beträchtliche Lücke zwischen der für Planstellen geforderten und der tatsächlichen Qualifikation der hier jeweils Beschäftigten. Ein Blick auf die Situation des Industriezweiges Elektrotechnik/Elektronik im Jahr 1974 verdeutlicht das exemplarisch:

⁵⁹ Siehe StJB der DDR 1990, Berlin 1990, S.50.

Planstellen und ihre Besetzung im Bereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik.
Stichtag: 31.10.1974.

WO 04	Planstellen	Personen	Davon:				
			Hochschulabschluß	Fachschulabschluß	Meisterabschluß	Facharbeiterabschluß	Ohne Abschluß
Für HS-Kader	28.429	28.545	18.821	8.744	215	603	162
Für FS-Kader	53.742	52.600	4.471	34.485	3.214	9.303	1.127
Für Meister	9.576	9.209	30	519	6.715	1.707	238
Für Facharbeiter	194.811	193.970	100	758	2.297	161.538	29.277
Für Werkstätige ohne abgeschlossene Berufsausbildung	112.681	118.061	41	60	29	3.221	114.710
Insgesamt	399.239	402.384	23.463	44.566	12.470	176.372	145.514

Quelle: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Berichterstattung über die Berufsstruktur der Werkstätigen. Stichtag: 31.10.1974, Bd. V: Planstellen und ihre Besetzung nach ausgewählten WO –2– und –4– Stellen. Archiv des Statistischen Bundesamtes 051411064.

Obwohl es in diesem für das künftige Mikroelektronikprogramm der DDR wichtigen Fall etwas mehr Beschäftigte als Planstellen gab, bestand ein Defizit bei Hoch- und Fachschulabsolventen wie auch bei Meistern und Facharbeitern. Zudem wurde ein nicht unerheblicher Teil der Berufstätigen nicht der Qualifikation entsprechend eingesetzt. Diese Situation entspannte sich allerdings in der Folgezeit durch Ausbildungsmaßnahmen:

Qualifikation der Berufstätigen in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft (Gebiet der DDR; ohne X-Bereich; Stand: je 31. Oktober), in Prozent.

Jahr	Berufstätige insgesamt	Darunter mit			
		Hochschulabschluß	Fachschulabschluß	Meisterabschluß	Facharbeiterabschluß
1971	100	4,3	7,4		49,2
1975	100	5,5	8,6	3,5	53,1
1980	100	6,7	12,1	3,7	57,7
1985	100	7,5	13,4	3,9	60,5
1989	100	8,1	14,1	4,2	60,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S.56.

Der Zuwachs an qualifiziertem Personal vergrößerte zweifellos den Spielraum, um die als strategisch wichtig geltenden Industriezweige mit Arbeitskräften zu versorgen. Gleichwohl hielt sich der Erfolg in Grenzen. Wie die für 1988 vorliegenden Angaben zeigen, konnte auch zu diesem Zeitpunkt ein nennenswerter Teil der für wissenschaft-

liche und technische Innovations- bzw. Inventionsprozesse nötigen Stellen nicht adäquat besetzt werden.

Qualifikation der Arbeiter und Angestellten der Betriebe der Industrieministerien nach Tätigkeitshauptgruppen (Gebiet der DDR, ohne X-Bereich; Stand: 31. Oktober 1988), in Personen und Prozent.

	Insgesamt in Personen	Darunter in Prozent			
		Hoch- schulskader	Fach- schulskader	Meister	Fach- arbeiter
Produktionspersonal	1.630.103	0,9	2,1	2,7	76,1
<i>Produktionsarbeiter</i>	1.571.787	0,1	0,4	2,3	78,4
<i>Ingenieurtechnisches Personal</i>	53.316	22,2	49,4	14,2	13,4
Produktionsvorbereitendes Personal	249.864	26,6	36,5	4,9	29,7
Leitungs- und Verwaltungs- personal	413.270	15,1	27,0	13,6	41,0
<i>Leitungspersonal</i>	196.721	24,0	37,9	26,1	11,6
<i>Verwaltungspersonal</i>	216.549	7,1	17,0	2,3	67,6
EDV-Personal	36.718	20,5	21,0	0,6	52,2
Betreuungspersonal	83.281	1,1	3,6	1,9	60,9
Pädagogisches Personal	29.251	19,7	35,1	29,6	15,1
Übriges Personal	193.592	2,7	7,8	2,4	60,3
Insgesamt	2.636.079	6,2	10,4	4,9	63,5

Quelle: Bundesarchiv Berlin, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Erfassung 1988, Teil IV, S.1, Behälter 20905.

Während Meister und Facharbeiter eine beträchtliche Anzahl von Stellen des Ingenieur-Technischen Personals (ITP) einnahmen, verteilten sich verhältnismäßig viele Hoch- und Fachschulabsolventen auf das produktionsvorbereitende und Verwaltungspersonal. Anhand dieser Zahlen läßt sich zwar kaum beurteilen, inwieweit diese Personalverteilung durch Stellenanforderungen begründet war, dennoch schien der hohe Facharbeiteranteil nach wie vor ein Defizit bei höheren Qualifikationen zu signalisieren. Die auch in den achtziger Jahren zu beobachtende Anhebung des Qualifikationsniveaus legte die Annahme nahe, man könne diesen Engpaß bald überbrücken.

Dem wirkte jedoch eine andere Tendenz entgegen: Während 1980 in der Industrie das Verhältnis von neuausgebildeten zu bereits beschäftigten Fachkräften mit Hoch- und Fachschulabschluß bei 1:30 lag, rechnete man angesichts zu erwartender rückläufiger Absolventenzahlen für das Jahr 2000 mit 1:50.⁶⁰ Hier machte sich offenbar die sinkende Geburtenrate bemerkbar.

Als noch gravierender erwies sich aber ein anderes Problem: Das Leistungspotential der für den wirtschaftlichen Strukturumbau entscheidenden Funktionseliten wurde nur völlig unzureichend ausgeschöpft. Einer soziologischen Erhebung zufolge verwendeten mehr als 50 Prozent der Leiter ein Viertel der Arbeitszeit für Tätigkeiten

⁶⁰ Siehe Helmut Koziolk: Intensivierung, Steigerung der Arbeitsproduktivität und Vervollkommnung des Systems der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: Wirtschaftswissenschaft 37 (1989), H. 4, S.487-499, hier S.492.

unterhalb des Qualifikationsniveaus, bei weiteren 30 Prozent betraf das mehr als die Hälfte der Zeit. Eine solche Unterforderung trat besonders im Forschungs- und Entwicklungsbereich, beim Rationalisierungsmittelbau und in der Produktionsleitung auf. Die Befragung von Brigadiern, Gruppenleitern, Meistern, Abteilungsleitern und Direktoren ergab hingegen übereinstimmend Anzeichen für Überforderung beim Arbeitsumfang und Unterforderung beim Schwierigkeitsgrad der Aufgaben.⁶¹ Dieser Befund korrespondierte mit einem anderen: Die Schwerfälligkeit des planwirtschaftlichen Lenkungssystems bewirkte in den Betrieben der DDR beträchtliche Reibungsverluste, lange Reaktionszeiten und Ineffizienz. So entfielen z. B. in der metallverarbeitenden Industrie der DDR nur zehn bis 20 Prozent der Durchlaufzeit der Erzeugnisse auf die unmittelbare Bearbeitungszeit, alles andere waren Liege-, Warte-, Verweil-, Lager- und Transportzeiten.⁶² Solche Symptome ließen das Beschäftigungsproblem in einem anderen Licht erscheinen.

Es ist in dem Zusammenhang gelegentlich von verdeckter Arbeitslosigkeit die Rede gewesen. Sie soll in den späten achtziger Jahren bei etwa 15 % gelegen haben.⁶³ Manche Schätzungen gehen bis zu 30 %. Als Ursachen wurden tägliche Stillstandszeiten der Produktion im Durchschnitt von 18-25%, Arbeitszeitausfall von 11%, Ausfallzeiten bei Materiallieferungen in Höhe von 13% benannt. Einbezogen in solche Rechnungen wurden auch geschätzte 2-15% der Gesamtbevölkerung als personeller Aufwand für soziale und politische Aufgaben.⁶⁴

Aber was unter betriebswirtschaftlichem Aspekt im Marktcontext zutreffen mochte, folgte in der DDR anderen Rationalitätskriterien.⁶⁵ Der vielerorts überhöhte Arbeitskräftebedarf erklärte sich nicht allein aus dem Produktivitätsniveau, sondern er folgte der Logik des Mangels: Verfügte ein Betrieb über ausreichend Personal, hatte er eine Chance, den staatlichen Produktionsplan zu erfüllen und die damit verbundenen Prämienmittel in Anspruch zu nehmen. Die seit 1986 gültige Planungsordnung verstärkte diese Tendenz noch: Es war rationaler, auch unterbeschäftigte Arbeitskräfte zu halten, um den geplanten Lohnfonds auszuschöpfen, anstatt Beschäftigte freizusetzen und 50 Prozent der eingesparten Lohnsumme verwenden zu dürfen.⁶⁶ Eine gewisse Ironie lag wohl darin, daß ein Mehrbedarf an Arbeitskräften besonders vom Rationalisierungsmittelbau ausging.⁶⁷ Zudem errichtete das Arbeitsrecht aus sozialen Gründen nicht

61 Siehe Michael Chrapa: Das Leistungsverhalten junger Leiter und objektive sowie subjektive Bedingungen der Leitungstätigkeit (Tagungsbericht), in: *Wirtschaftswissenschaft* 37 (1989), H. 9, S.1403-1406, hier S.1403.

62 Siehe Siegfried Kohl/Horst Trauer/Dieter Urban: Erfahrungen bei der Gestaltung der rechnergestützten Produktionsplanung und -steuerung (PPS) in Kombinatbetrieben der metallverarbeitenden Industrie, in: *Wirtschaftswissenschaft* 37 (1989), H. 3, S.343-354, hier S.343.

63 Siehe Ludwig Vogler: Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, in: *IFO-Schnelldienst* 24/1990, S.71.

64 Siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosigkeit%20Verdeckte_Arbeitslosigkeit_in_der_DDR.

65 Siehe M. Rainer Lepsius: Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Theo Pirker u. a. (Hrsg.): *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995, S.347-362.

66 Siehe Knortz, *Innovationsmanagement*, S.180.

67 Siehe ebenda., S.163.

nur gegen Entlassungen eine extrem hohe Hürde, sondern es schrieb auch Kriterien vor, die den Beschäftigten beim Wechsel von einem Arbeitsplatz auf den anderen eine starke Position einräumten.⁶⁸ Die in der DDR ständig beklagte Fluktuation blieb vergleichsweise gering. Hierzu trug auch der Wohnungsmangel bei, der die Mobilität eher einschränkte als anregte. Das 1971 aufgelegte und später mehrfach modifizierte Wohnungsbauprogramm erzielte zwar arbeitskräftelenkende Effekte, vermochte aber nur in begrenztem Maße Arbeitskräfteüberhänge an einer Stelle und Arbeitskräftebedarf an anderer ausgleichen.⁶⁹

Die auf der Ebene von Kombinat und Betrieben ausgetragene Konkurrenz um Arbeitskräfte läßt sich nicht ohne weiteres als Arbeitsmarkt definieren, wenngleich bestimmte Usancen marktähnlichen Aushandlungsprozessen glichen. Die Spielregeln der Akteure folgten hierbei vor allem individuellen und betrieblichen Interessen, wobei aber die Vorgaben der zentralen Arbeitskräfteplanung einen relativ engen Rahmen zogen. Als Hauptgründe für Fluktuation galten im allgemeinen bessere Entlohnung und die Verbesserung der Wohnsituation. Insgesamt jedoch erfolgten Arbeitsplatzwechsel und beruflicher Aufstieg weit öfter innerhalb des Betriebes als außerhalb. Man orientierte sich stärker am Kriterium der Sicherheit als an dem der Effizienz. Diese Option legitimierte sich sowohl aus den traumatischen Erfahrungen der jüngsten deutschen Geschichte, als auch durch die gesellschaftspolitisch zentrale Funktion des sozialistischen Arbeitsparadigmas. Die Betriebszentrierung der Gesellschaft ging mit einer relativ starken Betriebsbindung der einzelnen Beschäftigten einher.⁷⁰ Dies legte nahe, Beschäftigungsprobleme, wie sie sich aus der Schaffung neuer Arbeitsplätze oder auch aus dem Abbau von Arbeitsplätzen ergaben, möglichst betriebs- oder kombinatintern zu lösen.

Ausblick

Die Beschäftigungssituation der späten DDR ließ auf absehbare Zeit genügend Spielraum vermuten, um auch unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Davon gingen offenbar auch die Koalitionäre der im März 1990 gewählten Regierung de Maizière aus. So war im Entwurf einer neuen Verfassung der DDR vom 6. April immerhin noch von einem „Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung“ die Rede.⁷¹ Auch in den Grundsätzen der Koalitionsvereinbarung

68 Siehe Thiel, Arbeitsrecht, S.158-165.

69 Siehe Hannsjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert: Die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2002, S.361-375.

70 Siehe Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1999, S.31-61, hier S.42; Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 2000, S.173-208.

71 Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches vom 6. April 1990, in: Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozeß der Wiedervereinigung von der Ausreisewelle aus der DDR über Ungarn, die ČSSR und Polen im Spätsommer 1989 bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990. Hrsg. von Ingo v. Münch unter Mitarbeit und mit einer Einführung von Günter Hoog, Stuttgart 1991, S.122-162, hier S.129 (Art. 27).

zwischen den Fraktionen der CDU, der Deutschen Sozialen Union (DSU), dem Demokratischen Aufbruch (DA), den Liberalen, der Deutschen Forum-Partei (DFP), dem Bund Freier Demokraten (BFD), FDP und der SPD vom 12. April 1990 fand das Recht auf Arbeit seinen Niederschlag. Für den Fall, daß es zu keiner Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik kommen würde, bei der man „die sozialen Sicherungsrechte als nicht einklagbare Individualrechte einzubringen“ beabsichtigte, sollten diese Rechte „in der Form von Staatszielbestimmungen gewährleistet“ werden.⁷² Noch in der am 23. Juli 1990 von der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung angenommenen „Verfassung von Berlin“ (Ost) hieß es, jeder habe „das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung“.⁷³ Damit fand der vierzig Jahre zuvor in der ersten Verfassung der DDR enthaltene Grundsatz des Rechts auf Arbeit, wenn auch in abgeschwächter Form, letztmalig Eingang in einen Gesetzestext. Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 enthielt keine solche Festlegung.

Die angesichts des realen Geschichtsverlaufs kontrafaktische Frage, wie die DDR im Falle ihres Fortbestehens das Recht auf Arbeit auf Dauer hätte garantieren können, ist lediglich im Hinblick auf die gegenwärtige Beschäftigungskrise von einem gewissen Interesse. Dabei sollte der Fall einer Systemtransformation, wie er seit 1990 in Mittel- und Osteuropa zu beobachten ist, einmal ausgeklammert bleiben. Ein durch die dritte industrielle Revolution ermöglichter starker Produktivitätsanstieg dürfte auch die sozialistische Arbeitsgesellschaft der DDR vor ein gravierendes Problem gestellt haben. Schließlich mußte man auch hier damit rechnen, durch den Einzug von Computern und Robotern in den Arbeitsalltag sowie durch einen massiven industriellen Strukturwandel und Rationalisierungseffekte in der Landwirtschaft einen Teil der Arbeitsplätze überflüssig zu machen. Zunächst wäre dieser Effekt durchaus gewollt gewesen, um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beseitigen. Sobald jedoch die Freisetzungen das hierfür erforderliche Maß überschritten hätten, wäre wohl nach dem Diskussionsstand der achtziger Jahre mit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit reagiert worden. An dieser Stelle nähert sich die hypothetische Betrachtung einem beschäftigungspolitischen Problem der Gegenwart.⁷⁴

Zwei Fragen sind in dem Zusammenhang von besonderem Interesse: Erstens müßte man klären, ob der Ausweg einer Arbeitszeitverkürzung sinnvoll und auf längere Sicht durchzuhalten gewesen wäre. Auf ein Szenarium, wie es Robert Castel angesichts der Krise moderner Arbeitsgesellschaften unter den Stichworten „Überzählige“ und „Eingliederung“ beschrieb, hätte dies immerhin eine möglich Antwort sei können.⁷⁵ Allerdings würde eine solcherart teilweise stillgelegte Arbeitsgesellschaft viel kreatives Po-

72 Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen, DFP, BFD, FDP und der SPD vom 12. April 1990, in: ebenda, S.163-190, hier S.163.

73 Die Verfassung von Berlin vom 23. Juli 1990 gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 22. April 1948 in der Fassung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung von Berlin vom 11. Juli 1990, in: ebenda, S.291-314, hier S.297.

74 Zur aktuellen Diskussion siehe Peter Ulrich: Von der „Tyrannei“ des Arbeitsmarktes zur Vitalpolitik der Arbeitswelt, in: *WeltTrends* 13 (2005), Nr. 47 (Sommer), S.11-25.

75 Siehe Castel, *Metamorphosen*, S.348, 364.

tential aufs Spiel gesetzt haben. Eine denkbare Alternative, die etwa in der Teilung des „gesellschaftlichen Arbeitsvermögens“ in ein wettbewerbsorientiertes Leistungs- und ein zur sozialen Absicherung dienendes Beschäftigungssegment bestanden haben könnte, wirft angesichts der damit eintretenden scharfen sozialen Segregation ebenfalls schwerwiegende Probleme auf. Auch eine fortbestehende DDR hätte ihnen nicht ausweichen können.

Eine andere Frage ergibt sich aus dem 1990 einsetzenden Transformationsprozeß und der damit einhergehenden Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit. Aus der DDR-Wirtschaft, deren Zustand in den achtziger Jahren etwa dem der Tschechoslowakei glich, wurde eine Transferökonomie. Nach etwa einer Dekade konstatierte man in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachwelt einen Negativrekord: „Das Leistungsbilanzdefizit der neuen Länder liegt bei etwa 45% der eigenen Erzeugung [...] Niemals zuvor hat es in der Geschichte der Menschheit eine Region gegeben, die in solch großem Umfange von einem Ressourcenzustrom aus anderen Regionen abhängig war. Selbst Israel, Portugal und der italienische Mezzogiorno, drei weitere klassische Transferökonomien, liegen mit Werten von 12-13% weit, weit darunter.“⁷⁶ Wenn diese Entwicklung nicht zu vermeiden gewesen wäre, müßte die Tschechische Republik eine ähnliche Entwicklung genommen haben. Dies hat sie jedoch nicht. Woran das lag, dürfte eine der von der zeithistorischen Forschung zu erörternden Fragen sein.

⁷⁶ Hans-Werner Sinn: *Schlußlicht Deutschland*, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, ifo Standpunkte 2002, Nr. 32, S.1f.